

Gegen Militarisierung und Wehrpflicht

Die Welt brennt.

Für die Aufteilung der Erde nutzen alte und neue imperialistische Mächte alle Mittel – von der Wirtschaftsblockade bis zum unverhohlenen Angriffskrieg. Dabei geht es weder um den Kampf gegen Terroristen oder Drogenkartelle noch um Menschenrechte und Demokratie, sondern einzig und allein um Ressourcen, Absatzmärkte und Einflussgebiete.

Die Bundesregierung reagiert auf diese globale Krise mit demselben Denken, das die Krise hervorgerufen hat: sie militarisiert die Gesellschaft, rüstet die Bundeswehr auf und möchte junge Menschen wieder zum Kriegsdienst an der Waffe rekrutieren. Sogar über eigene Atomwaffen reden Politiker*innen der CDU/CSU, als wäre dies nicht ein Bruch mit allen Erfahrungen aus der deutschen Geschichte.

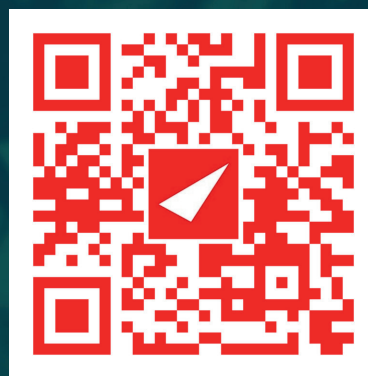
Dieser Politik stellen wir uns entgegen.

Die Linke ruft alle Mitglieder und Unterstützer*innen auf, an den Ostermärschen 2026 sichtbar teilzunehmen.

Kathrin Vogler
Landessprecherin Die Linke NRW

**Kein Bock
zu marschieren?**

*Mehr Infos
hier*



faqwehrpflicht.de
oder
verweigern.info

Die Linke Nordrhein-
Westfalen, Alt-Pempelfort 15,
40211 Düsseldorf,
Tel. 0211/600700-0, V.i.S.d.P.
Sebastian Merkens
dielinke-nrw.de

**Nein zur
Wehrpflicht**

Eure Pflicht ist

unser Widerstand!

Die Linke

Landesverband
Nordrhein-Westfalen

Warum wir gegen die Wehrpflicht sind

Die Wehrpflicht bedeutet Zwang. Der Staat zwingt junge Menschen, zum Militär zu gehen. Das passt nicht zu Freiheit und Demokratie.

Wehrpflicht heißt: Junge Menschen müssen im Krieg kämpfen. Sie sollen andere Menschen töten und können selbst getötet werden. Niemand sollte dazu gezwungen werden.

Wir brauchen keine Wehrpflicht für unsere Sicherheit. Die NATO ist stark genug. Stattdessen sollten wir freiwillige Dienste fördern. Über 490.000 junge Menschen haben sich seit 2012 freiwillig engagiert.

Demokratie braucht keine Wehrpflicht – sie braucht Teilhabe, Freiwilligkeit und Frieden.



„Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden.“
Artikel 4 Abs. 3 GG

Wenn du aus Gewissensgründen den Dienst an der Waffe ablehnst, darf dich der Staat nicht dazu zwingen. Dieses Recht gilt unabhängig davon, ob du bereits gemustert wurdest, die Wehrpflicht besteht oder ein Verteidigungsfall eintritt.

Kriegsdienst verweigern: ein Leitfaden.

1: Informiere dich!

Lass dich beraten, zum Beispiel in den Wahlkreisbüros unserer Abgeordneten oder bei Friedens- und Zivildienstorganisationen wie der DFG-VK. Bei diesen Beratungsstellen bekommst du Unterstützung bei der Formulierung deines Antrags und kannst rechtliche Fragen klären.

2: Antrag schreiben

Den Antrag stellst du schriftlich an das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr. Er besteht aus Folgendem:

- Ein formloses Schreiben

Formulierungshilfe: „Hiermit beantrage ich die Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer gemäß Art. 4 Abs. 3 Grundgesetz. Ich kann es mit meinem Gewissen nicht vereinbaren, an einem Kriegsdienst mit der Waffe teilzunehmen.“

- Ein tabellarischer Lebenslauf
- Eine persönliche Gewissensbegründung

Unterschreibe den Antrag eigenhändig, datiere ihn und füge die Gewissensbegründung als Anlage bei.

3: Gewissensbegründung formulieren

In der Begründung erklärst du in eigenen Worten, warum du den Dienst mit der Waffe ablehnst. Hier ein paar mögliche Gründe für einen Gewissenskonflikt:

- Töten oder die Anwendung von Waffengewalt sind mit deinem Gewissen nicht vereinbar.
- Du hast eine pazifistische, religiöse, humanistische oder politische Haltung, die dem Militärdienst widerspricht.
- Du lehnt Gewalt als Mittel der Konfliktlösung grundsätzlich ab.

4: Einreichen

Versende den Antrag per Einschreiben oder persönlich mit Eingangsbestätigung an das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr. Die volle Anschrift ist:

Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr
- Wehrersatzbehörde -
Militärringstraße 1000
50737 Köln

Bewahre Kopien aller Unterlagen auf. Sobald dein Antrag eingegangen ist, darfst du in Friedenszeiten nicht einberufen werden, bis über den Antrag entschieden wurde.

Wir helfen beim Verweigern!

Beratungsstellen in deiner Nähe

Brilon

Linkes Büro Hochsauerlandkreis
Bahnhofstraße 9
59929 Brilon

Dortmund

DFG-VK NRW
Braunschweiger Str. 22
44145 Dortmund

Düsseldorf

Linkes Büro Düsseldorf
Corneliusstr. 108
40215 Düsseldorf